

gebührend studieren



Studiengebühren ab dem ersten Semester bald bittere Realität

Am gestrigen Mittwoch hat das Bundesverfassungsgericht das bundesweite Verbot von allgemeinen Studiengebühren für verfassungswidrig erklärt. Als Folge des Urteils ist ein Domino-Effekt zu befürchten: Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg und Niedersachsen haben bereits angekündigt, so schnell wie möglich Studiengebühren ab dem ersten Semester zu erheben – andere Länder werden nachziehen.

Was hat Karlsruhe geurteilt?

Das Gericht gründet sein Urteil auf zwei falschen Annahmen: zum einen sei die Höhe der derzeit diskutierten Studiengebühren zu gering, um die Wahl des Studienortes zu beeinflussen. Zum anderen geht das Gericht davon aus, dass die Länder die Studiengebühren «sozialverträglich» gestalten würden. Deshalb sei die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet nicht tangiert und der Bund damit nicht zum Eingriff in die Länderkompetenzen berechtigt. Falls eine Abwanderung in – noch – gebührenfreie Länder einsetzen würde, könnten diese ihre Universitäten durch die Einführung eines hohen Numerus Clausus und anderen Zugangshemmnissen schützen.

Beide Annahmen sind falsch: die derzeit ernsthaft diskutierten Gebührenmodelle sehen nicht die 500 Euro pro Semester vor, die zurzeit durch die Medien geistern, sondern bis zu 3.000. Und erst einmal eingeführt, können Gebühren auch zügig erhöht werden. Des Weiteren gibt es keine sozialverträglichen Studiengebühren! Denn gestundete, kreditfinanzierte, oder kurz: nachlaufende Gebühren schrecken Unterprivilegierte ab. Die noch vor Berufsbeginn angehäuften

Schulden bedeuten in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit ein ernsthaftes Armutsrisiko.

Was heisst das für NRW?

Jetzt muss die rot-grüne NRW-Landesregierung beweisen, dass ihr die Chancengleichheit im Bildungssystem mehr wert ist, als nur zwei Zeilen in ihren Wahlkampfmaterialien. Und wir haben keinen Grund davon

auszugehen, dass sie sich ohne ausreichenden Druck an ihr Versprechen erinnern wird, von allgemeinen Studiengebühren abzusehen. Noch kurz vor Einführung der Studienkonten in NRW hat die gleiche Regierung uns versprochen, gar keine Gebühren für das Studium zu erheben.

Was machen wir jetzt?

An mehreren Hochschulen fanden neben Vollversammlungen auch spontan auf

Auf die Barrikaden!

Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS), das als bundesweites Bündnis aus Studierenden, SchülerInnen, Lehrenden, Gewerkschaften, Kirchen und anderen Organisationen seit 1999 gegen die Einführung von Studiengebühren kämpft, stellt schon allein durch seine breite Basis klar: «In dieser Gesellschaft gibt es keine Akzeptanz von Studiengebühren.» Um das der Politik einzubläuen, werden wir am 3. Februar gemeinsam in Hamburg, Leipzig, Mannheim und Essen auf die Straße gehen. Treffpunkt für die NRW-Demo ist das KKC in der Universitätsstraße in Essen, um 11h.

Demo
„Für Bildung und gegen Sozialabbau“

03.02.2005 | 11h

in Essen am KKC
in der Universitätsstraße

www.asta.uni-essen.de/kkc



3 | Alija Catic



14 | Florian Gregor



7 | Jana K. Striefler



22 | Anna-Karolina Hägele



4 | Mehmet Can



18 | Pablo Gonzáles



1 | Karin Bellmann



177 | Martin Winterhalder